Anzeige
TAGESSPIEGEL

Geschichtspolitik KZ-Gedenkstätten warnen vor politischem Druck

Weniger Zeitzeugen, mehr politische Eingriffe? KZ-Gedenkorte fordern, Erinnerung und Forschung frei von Druck und Instrumentalisierung zu halten.

Stand: 15.07.2026, 16:41 Uhr

Sie nutzen Google? Sie können sich Artikel des Tagesspiegels in der Google-Suche nun bevorzugt anzeigen lassen. Mehr erfahren oder **direkt aktivieren.**

Angesichts des Rechtsrucks in Europa befürchten die Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus mehr Eingriffe in ihre Arbeit. 32 europäische Gedenkorte von Auschwitz bis Buchenwald betonten in einer gemeinsamen Erklärung, dass ihre Autonomie gewahrt bleiben müsse.

Es gebe immer weniger überlebende Opfer und Zeitzeugen. Deshalb falle es den Gedenkstätten zu, die Erinnerung wachzuhalten und „Entmenschlichung, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu benennen und entgegenzuwirken“.

Sie nutzen Google? Sie können sich Artikel des Tagesspiegels in der Google-Suche nun bevorzugt anzeigen lassen. Mehr erfahren oder **direkt aktivieren.**

Angesichts des Rechtsrucks in Europa befürchten die Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus mehr Eingriffe in ihre Arbeit. 32 europäische Gedenkorte von Auschwitz bis Buchenwald betonten in einer gemeinsamen Erklärung, dass ihre Autonomie gewahrt bleiben müsse.

Es gebe immer weniger überlebende Opfer und Zeitzeugen. Deshalb falle es den Gedenkstätten zu, die Erinnerung wachzuhalten und „Entmenschlichung, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu benennen und entgegenzuwirken“.

Der Herausgeber empfiehlt

Tagesspiegel Checkpoint

Berlins beliebtester Newsletter berichtet jeden Morgen über alles, was die Stadt bewegt.

Ihre E-Mail-Adresse

Ich erkläre mich einverstanden, per E-Mail interessante Angebote des Tagesspiegels zu erhalten. Mein Widerruf ist jederzeit möglich.

Lorenz Maroldt
Herausgeber

Die Erklärung wurde unter anderem von den Gedenkstätten der Nazi-Konzentrationslager Auschwitz und Stutthof in Polen sowie den Gedenkstätten Dachau, Sachsenhausen und Bergen-Belsen in Deutschland unterzeichnet. Weitere Unterschriften kamen aus der Ukraine, Tschechien, Österreich, Italien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden.

Kein politischer und finanzieller Druck

Um unabhängig forschen und aufklären zu können, dürften die Gedenkstätten nicht politisch von lokalen, regionalen, nationalen oder europäischen Instanzen abhängig sein, hieß es. „Ihre akademische und praktische Autonomiedarf keinem politischen oder budgetären Druck unterliegen.“

Je weniger Zeitzeugen blieben, desto mehr beobachte man „Versuche autoritärer Bewegungen und Regierungen, die Stätten der nationalsozialistischen Verfolgung für ihre Interessen zu instrumentalisieren“, sagte ein Sprecher der Gedenkstätte Buchenwald in Weimar. Unabhängigkeit und Wissenschaftlichkeit der Gedenkstätten müssten erhalten bleiben.

© dpa-infocom, dpa:260715-930-390097/1

Das ist eine Nachricht direkt aus dem dpa-Newskanal.

Zur Startseite

Das könnte Sie auch interessieren